

## Kultur im Wahlkampf

### Programmatische Aussagen der im Bundestag vertretenen Parteien

Am 22. September d.J. wird der 15. Deutsche Bundestag gewählt. Im bisherigen Wahlkampf spielte Kultur nur eine untergeordnete Rolle. Das mag auch daran liegen, dass der entsprechende Aufgabenbereich im Kontext der harten Politikfelder wie Wirtschaft und Soziales, Sicherheit und Auswärtiges nur eine randständige Exi-

stenz führt und auch ähnlich marginal wahrgenommen wird (s. dazu auch den »Kommentar« von Hermann Glaser in diesem Heft. Damit dieses sich ändert, dokumentieren wir im folgenden wie schon bei der Wahl 1998 die kulturrelevanten Aussagen der Bundesparteien. (Red.)

### Erneuerung und Zusammenhalt in Deutschland

#### SPD-Regierungsprogramm 2002 – 2006

##### 19. Politik für ein demokratisches Land mit offener Kultur und freien Medien

(...)

###### Kultur – offen und fürs ganze Land

Kultur ist ein unverzichtbares gesellschaftliches Gut. Sie trägt dazu bei, unserer Gesellschaft ein humanes Gesicht zu geben. Mit dem Regierungswechsel von 1998 entstand eine neue Offenheit von Politik und Kultur.

Wir haben uns zur kulturpolitischen Verantwortung des Bundes bekannt. Das bereichert unseren Kulturföderalismus und bewahrt unser vielfältiges nationales Kulturerbe.

Die Einrichtung eines Ausschusses für Kultur und Medien im Deutschen Bundestag und die Berufung eines Staatsministers im Kanzleramt haben zu einer verstärkten Förderung kultureller Einrichtungen beigetragen, nicht zuletzt in den neuen Ländern und in der Hauptstadt.

Mit dem „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ an symbolischer Stelle mitten in Berlin setzen wir ein Zeichen für eine Kultur des Erinnerns.

Die Verbesserung der Lage vieler Kulturschaffender durch eine Novellierung der Künstlersozialversicherung und die Reform des Urhebervertragsrechts war uns ein wichtiges Anliegen.

Die Neukonzeption der auswärtigen Kulturpolitik als dritte Säule unserer Außenpolitik hat unsere Aktionsplattform für den Dialog der Kulturen und die kritische Begleitung des Globalisierungsprozesses erweitert. Das gilt auch für die Neustrukturierung der Deutschen Welle und die konzeptionelle Weiterentwicklung der Goethe-Institute.

Durch eine Reform des Stiftungssteuerrechts haben wir für Mäzene und Stifter neue Möglichkeiten der Förderung von Kunst und Kultur eröffnet. Die neu geschaffene Bundeskulturstiftung ist Ausdruck kultureller

Weltoffenheit, die sich zur Bewahrung des nationalen kulturellen Erbes bekennt. Das schließt die europäische Dimension mit ein.

Denn ein wirtschaftlich und politisch geeintes Europa wäre ein Torso ohne kulturelle Identifikation. Eine der Demokratie verhaftete Zivilgesellschaft setzt historisches Bewusstsein, aber auch Offenheit für Neues, die Pflege kultureller Traditionen und gleichzeitig die Bereitschaft zu Veränderung voraus.

Es ist gelungen, die Buchpreisbindung zu verteidigen. Neue Akzente in der Filmförderung sollen den deutschen Film auf dem internationalen Markt stärken.

Minderheiten müssen sich verstärkt in der Kunst und Alltagskultur wiederfinden

können. Das vertieft den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

###### Selbstbewusst und weltoffen

Der Anfang ist gemacht. Aber es ist noch manches zu tun. Wir werten die Politik für Kultur weiter auf. Dazu vertiefen wir auch den Dialog zwischen Bund und Ländern.

Und wir kümmern uns um die Rolle der Kultur in der europäischen Dimension. Sie muss kulturell begründetes nationales Bewusstsein mit europäischen Identität verbinden.

Minderheiten müssen sich verstärkt in der Kunst und in der Alltagskultur wiederfinden können. Das stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

### Leistung und Sicherheit

#### Zeit für Taten

#### Regierungsprogramm der CDU/CSU 2002/2006

##### Identität Deutschlands bewahren

(...)

###### Kunst und Kultur pflegen

Kunst und Kultur als Ausdruck schöpferischer Freiheit haben in der modernen, von Technik und Wirtschaft geprägten Welt Bedeutung wie nie zuvor. Kunst und Kultur sind Inbegriff menschlicher Lebensäußerung. Kunst und Kultur dürfen nicht nur als Standortfaktoren von wachsender Bedeutung, sie müssen vor allem als Wert an sich gesehen werden, als anregende und reflektierende Kraft, die auch für Staat und Gesellschaft unverzichtbar ist. Um die freie Entfaltung künstlerischer Begabung auf allen Gebieten zu fördern, wollen wir für künstlerisches Schaffen größtmögliche Vielfalt sichern.

Öffentliche Hand und privates Engagement müssen bei der Förderung von Kunst und Kultur zusammenwirken.

Der kulturelle Reichtum Deutschlands speist sich aus der Vielfalt seiner Regionen und der Offenheit für Anregungen aus aller Welt. Die Kulturhoheit der Länder ist ein Grundpfeiler der bundesstaatlichen Ordnung Deutschlands, an dem wir nicht rütteln lassen. Wir verstehen die Förderung von Kunst und Kultur als Auftrag von Bund, Ländern und Kommunen, die je eigene und unverzichtbare Aufgaben wahrnehmen.

Der Bund muss die kulturellen Aufgaben, für die er zuständig ist, konsequent wahrnehmen: für seine international herausragenden

Einrichtungen, beim deutschen Auslandsrundfunk, bei der auswärtigen Kulturpolitik und der Förderung deutscher Sprache und Kultur im Ausland, bei den Auslandsschulen und bei der gesetzlichen Verpflichtung zur Wahrung des Geschichts- und Kulturerbes der Heimatvertriebenen. In diesen Bereichen darf es keine weitere Reduzierung der Bundesförderung zugunsten von Prestigeprojekten geben, für die gar keine Zuständigkeit des Bundes besteht. Die Kulturförderung des Bundes darf nicht auf Hauptstadtförderung zulasten kultureller Glanzlichter gesamtstaatlicher Bedeutung in den Ländern reduziert werden. In diesem Sinn muss endlich auch das Amt des Kulturbefragten der Bundesregierung wahrgenom-

men werden.

Auch in der modernen Wissensgesellschaft mit ihren weltwirtschaftlichen Verflechtungen ist nationales Zusammengehörigkeitsgefühl unverzichtbar. Die große Mehrheit der Deutschen versteht sich als Solidaritäts- und Schicksalsgemeinschaft, verbunden durch die gemeinsame Geschichte und den gemeinsamen Staat ebenso wie durch eine gemeinsame Sprache und Kultur. Wir Deutschen können stolz sein auf unser kulturelles Erbe, auf herausragende Werke des Glaubens, der Philosophie und Literatur, auf beeindruckende Schöpfungen der Musik, des Theaters und der bildenden Kunst, auf Spitzenleistungen in Wissenschaft und Technik.

## Die Zukunft ist grün. Grundsatzprogramm von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

### V. Kultur

Kultur ist Lebenselixier. Sie ist gerade in einer Welt wachsender Unübersichtlichkeit von herausragender Bedeutung. Kultur entsteht in der Auseinandersetzung der Menschen mit ihrer Umwelt, mit Geschichte, Gegenwart und Zukunft. In vielfältigen Ausdrucksformen reflektiert die Kunst Erfahrungen, die Menschen mit sich selbst, mit der Natur und der Gesellschaft machen. Sie bietet normative und ästhetische Orientierungen für das Leben der Einzelnen und der Gesellschaft.

### Kultur und Selbstbestimmung

Kulturelle Vielfalt, künstlerische Freiheit, der Zugang zu kultureller Bildung sind zentrale Voraussetzungen für Freiheit und Selbstbestimmung. Der Kulturbegriff hat sich erweitert. Die Vielfalt kultureller Sparten und die wechselseitige Durchdringung verschiedener Kulturen finden ihr Spiegelbild in den Lebensformen und Lebensstilen moderner Gesellschaften. Die Durchlässigkeit und Vermischung der Kulturen als untrennbarer Bestandteil der Globalisierung schlägt sich in jedem persönlichen Lebensentwurf, in jeder Stadt und auf jeder Homepage nieder. Der Kunstbegriff ist offen und muss vor staatlichen Zugriffen und Vereinnahmungen geschützt werden. Die Definition von Kunst ist – nicht nur unter den Künstlerinnen und Künstlern selbst – seit jeher umstritten. Dieser Streit ist offen zu halten und kann nicht politisch entschieden werden.

Kulturelle und technische Innovationen sind in modernen Gesellschaften auf vielfache Weise verwoben. Kulturelle Offenheit fordert zu einem offenen und abwägenden Umgang mit den neuen Kulturtechniken in elektronischen Medien heraus. Kultur und

Kunst geben auch solchen neuen gesellschaftlichen Entwicklungen Ausdruck und Interpretation.

### Kultur und Demokratie

Kulturschöpfungen und kulturelle Präsentationen bieten starke Antriebskräfte hin zu einer freien und demokratischen Gesellschaft. Die formsuchende und formgebende Dynamik der Kunst ist unverzichtbarer Bestandteil einer lebendigen Demokratie.

Gegenseitiger Respekt, Anerkennung der persönlichen Integrität des Anderen, Entfaltung der intellektuellen, ästhetischen und sinnlichen Begabungen, Offenheit für das Abweichende, Marginalisierte und Ausgeschlossene sind wesentliche Elemente einer bündnisgrünen Kulturpolitik. Politik muss sich für die Pluralität der Lebensstile öffnen und die Verallgemeinerung eines Lebensstils oder einer vermeintlichen Leitkultur zu Lasten anderer verhindern.

Gerade für die heranwachsende Generation sind frühe und intensive Begegnungen mit Kultur und Kunst und das Erfahren von Toleranz, Neugier und Selbstvertrauen in die eigene Kreativität von herausragender Bedeutung. Eine Akzeptanz der Kulturpolitik durch junge Menschen setzt voraus, dass sie ihre Lebensformen und Lebensstile in der Politik wiederfinden.

Weil die Frage, wie wir leben und wie wir leben wollen, vor allem auch eine Frage der Kultur ist, so ist der Wechsel zu einer ökologisch verantwortlichen Lebensweise auch eine Frage von Kunst, Kultur und Kulturpolitik. Die Frage nach unserer Zukunft verbindet Kultur und Nachhaltigkeit.

**Kulturförderung als öffentlicher Auftrag**  
Aufgabe der öffentlichen Kulturpolitik ist es, kulturelle Aktivitäten und künstlerische

Betätigung für möglichst viele Menschen zu ermöglichen. Dabei geht eine demokratische Kulturpolitik von der Gleichberechtigung vielfältiger kultureller Bedürfnisse der verschiedenen Bevölkerungsgruppen und Nationalitäten in Deutschland sowie von der Gleichwertigkeit von traditionellen Kulturinstitutionen, neuen innovativen Kunstformen und freien soziokulturellen Projekten aus. Unsere Aufmerksamkeit gilt auch der Förderung von Sprachen und Kulturen der autochthonen Minderheiten, wie z.B. der Sorben.

Die Bundesrepublik Deutschland hat mit ihrer föderalen Struktur einer vor allem durch Kommunen und Bundesländer finanzierten Kulturförderung eine weltweit bemerkenswert vielfältige Kulturlandschaft geschaffen. Darüber hinaus ist eine stärkere Rolle des Bundes in der Kulturpolitik wünschenswert, um dadurch die Förderung von Kunst und Kultur auf eine breitere Basis zu stellen und die internationale Wahrnehmung zu intensivieren. Deshalb befürworten wir in ausdrücklicher Anerkennung der Kulturhoheit der Länder, die Kulturpolitik auf der Bundesebene aufzuwerten und die Kultur als Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz zu verankern, um ihrer gewachsenen Bedeutung gerecht zu werden.

Es ist eine zentrale Aufgabe unserer Politik, Freiräume für Kunst und Kreativität zu sichern und zu fördern. Kultur und Kunst gehen von den Menschen aus, nicht vom Staat. Der Staat hat die Aufgabe, den kulturellen und künstlerischen Anliegen in der Gesellschaft Raum zu geben und Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen sie sich frei entfalten können. Mit einer so verstandenen Kulturpolitik fördert er die Entwicklung personaler und gesellschaftlicher Identität. Jugendkultur braucht Räume, um sich zu treffen und zu kommunizieren. Sie braucht Jugendzentren, Proberäume, Auftrittsmöglichkeiten, Clubs, Kinos und vieles mehr. Bündnisgrüner Politik geht es darum, allen Gesellschaftsschichten und -gruppen den Zugang zu Kunst und Kultur offen zu halten.

Auch dort, wo sich kulturelle Bereiche selbst tragen, muss Kulturpolitik über die Gestaltung der Rahmenbedingungen fördernd tätig werden, zum Beispiel durch die soziale Sicherung von Künstlerinnen und Künstlern oder die weitere Gestaltung des Stiftungs- und Steuerrechts. Die öffentlich getragenen und finanzierten Kultureinrichtungen bilden gemeinsam mit dem privatwirtschaftlichen Kultur- und Kunstbereich und dem in den letzten Jahren stark gewachsenen frei gemeinnützigen Kultursektor die drei Säulen des bundesrepublikanischen Kultursystems. Eine offene Kulturpolitik darf kommerzielle Kulturangebote nicht primär als Gefahr sehen. Freie und privatwirtschaftliche Kulturproduzenten und -vermittler tra-

gen wesentlich zur kulturellen Vielfalt bei. Ohne kulturelle Privatinitiative und individuelles kulturelles Engagement können Kunst und Kultur nicht überleben. Bundeskulturpolitik darf die Förderung hier nicht den Ländern und Kommunen, die den größten Teil der Kulturausgaben tragen, überlassen, sondern muss sich durch Förderung exemplarischer, herausragender Projekte auch vor Ort engagieren.

(...)

**Kultur der Stadt – Kultur im ländlichen Raum**  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für die Förderung einer vielfältigen Stadtkultur. Die europäische Stadt war die Wiege der Demokratie, der Selbstverwaltung der öffentlichen Angelegenheiten durch die Bürgerinnen und Bürger. Zu den urbanen Traditionen, die wir bewahren und weiterentwickeln wollen, gehört die Offenheit der Stadt für neue Ideen, für Zuwanderung und die Vielfalt von Lebensstilen und Kulturen, gehört ihre dichte politische und kulturelle Öffentlichkeit und das gleichberechtigte Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher sozialer Herkunft. Die Städte müssen ihre Identität als Handels-, Kultur- und Kommunikationszentren bewahren und fortentwickeln – mit lebendigen Innenstädten und Stadtteilen, unverwechselbarer Baukultur, städtebaulicher Eigenart und Nutzungsvielfalt und einem regen gesellschaftlichen Leben.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten für die Erhaltung und Pflege kultureller Äußerungen und Lebensformen des ländlichen Raums ein. Nachhaltiger und sorgsamer Umgang mit der Natur als selbstverständlichem Teil der Kultur sind im ländlichen Raum vielfältig ausgeprägt. Lokales Brauchtum und sprachliche Besonderheiten sind ein wichtiger Teil unserer kulturellen Wurzeln.

Die Kultur im ländlichen Raum lebt im Spannungsverhältnis ihrer eigenen Traditionen und der Begegnung mit aktuellen Entwicklungen. Kultur wird zum wichtigen Identifikationsmerkmal in der Region, wenn es dem ländlichen Raum gelingt, seine Eigenständigkeit zu erhalten und nicht zum gesichtslosen „Umland der Stadt“ abzugleiten. Deshalb ist es unsere Aufgabe, regionale Kulturlandschaften zu stärken und zu profilieren.

Ein vorausschauender Denkmalschutz soll bauliche Zeugnisse der Vergangenheit sichern und für neue Nutzungen öffnen. So wird die baukulturelle Geschichte den nachfolgenden Generationen weitergegeben. Wir wollen aber nicht nur Vergangenes bewahren, sondern ebenso den Dialog über zeitgenössische Bau- und Städtebaukultur pflegen.

### **Kulturelles Erbe**

Wir müssen wissen, woher wir kommen, um zu wissen, wohin wir gehen. Die Auseinandersetzung mit unserer Geschichte – insbe-

sondere mit dem Nationalsozialismus – ist ein Fundament unserer Demokratie. Die historischen Orte mit Mahnmalen, Museen, Gedenkstätten, Archiven und Bibliotheken sind wichtige Lernorte lebendiger Erinnerungskultur, die uns Erfahrungen der Vergangenheit für zukünftiges Handeln bewusst machen.

Geschichte trägt sich gerade auch in der jeweiligen Nachbarschaft zu. Deshalb sind die vielen kleinen Initiativen und Einrichtungen, die die lokale Erinnerungskultur lebendig halten, durch Kommunen und Länder zu fördern. Die Bundesförderung für die an NS-Verbrechen und das Unrecht des SED-Regimes erinnernden Gedenkstätten ist unverzichtbar.

Zeugnisse der Vergangenheit sind eine Grundlage für das historische und kulturelle Gedächtnis der Gesellschaft. Sie machen immer wieder Erfahrungen der Vergangenheit bewusst und tragen zur Lebensqualität der Städte, Dörfer und Landschaften bei. Das bauliche Erbe ist Fundament für eine qualitätsvolle zeitgenössische Bau- und Städtebaukultur.

### **Kultur in Europa – Kulturen der Welt**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine aktive Begegnung der Kulturen der Welt. Dies trägt zu gegenseitigem Respekt, zu Anerkennung und Toleranz bei. Auf kultu-

reller Ebene kann die Verständigung und Auseinandersetzung von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religionen und Lebenskonzepten in besonderer Weise gelingen. Keine der beteiligten Kulturen darf die andere beherrschen wollen. Kultureller Austausch ist unverzichtbar für ein tolerantes, friedliches Zusammenleben, und nur die Kulturen, die sich austauschen, bleiben entwicklungsfähig. Kulturpolitik ist Friedenspolitik.

Wir begreifen kulturelle Verständigung als Schlüssel für ein zusammenwachsendes Europa. Darüber hinaus ist der internationale Kulturaustausch im Rahmen einer aktiven auswärtigen Kulturpolitik weiter zu entwickeln.

Zur Kultur eines Einwanderungslands gehört die Offenheit gegenüber Menschen aus anderen Kulturen, Ethnien und Religionen. Ein besonderes Augenmerk liegt hierbei auf der Begegnung der Kulturen und der Förderung von Kunst und Kultur der in Deutschland lebenden MigrantInnen. Ihre Kreativität ist eine Ressource, die gesellschaftliche Innovation hervorbringt. Interkultureller Dialog wird so zu einer gesellschaftlichen Bereicherung, die Erkenntniszuwachs bereitet und individuelles Selbstverständnis vertieft. Andere als gleichberechtigt gelten lassen zu können, setzt voraus, auch über Kenntnis und Wertschätzung der eigenen Kultur zu verfügen.

## **BÜRGERPROGRAMM 2002**

### **Programm der FDP zur Bundestagswahl 2002**

#### **XI. Kulturpolitik**

Liberalen wollen kulturelle Vielfalt und Offenheit. Liberale Kulturpolitik hat es sich daher zur Aufgabe gemacht, die Freiheit der Kunst und Kultur zu garantieren und allen Bürgern eine gleichberechtigte Teilhabe an Kultur zu ermöglichen. Kulturpolitik hat auch eine wirtschaftspolitische Dimension. Innovative künstlerische Entwicklungen gilt es zu unterstützen und das einzigartige deutsche Kulturerbe in all seinen Ausformungen zu bewahren und zu pflegen. Staatliche Kunstförderung soll die Grundlagen für die freie Entfaltung der Kunst sichern. Dabei kommt der Zusammenarbeit zwischen dem Bund und den Ländern eine besondere Bedeutung zu. Das bürgerschaftliche kulturelle Engagement muss gestärkt und seine Weiterentwicklung befördert werden. Das neue Selbstverständnis bundesdeutscher Kulturpolitik muss auf Bundesebene seinen angemessenen Ausdruck finden.

Die Träger deutscher Kultur im Ausland, die maßgeblich zu einem gegenseitigen Verständnis auf internationaler Ebene beitragen, wie das Goethe-Institut Inter Nationes, aber auch die deutschen Auslandsschulen, bedürfen verstärkter staatlicher Unter-

stützung. Die kulturelle Aufgabenstellung dieser Institutionen sollte eine Entsprechung in ihrer administrativen Zuordnung erhalten.

Der Bewahrung und Pflege unseres historischen Erbes, zu dem die Deutsche Sprache, Musik und Bildende Kunst gehören, kommt eine große Bedeutung zu. Die Verantwortung für das baukulturelle und das archäologische Erbe bleibt wesentlicher Bestandteil gesellschaftlichen Kulturauftrages. Unter der fortschreitenden Vereinigung Europas kann das historische Erbe der deutschen Länder einen wichtigen Beitrag zur gesellschaftlichen Identitätsstiftung leisten.

Neben eher traditionellen Kunstformen wie Malerei und Plastik, ebenso Installationen, sollen auch innovative und experimentelle Kunstformen bessere staatliche Rahmenbedingungen erhalten. Diese Kunstformen reflektieren eine aktuelle gesellschaftliche Entwicklung und können Wegweiser für eine Problem- und Zukunftsbewältigung sein. Mit der staatlichen Förderung dieser Kunstformen sollen besonders Nachwuchskünstler und -künstlerinnen die Möglichkeit erhalten, ihre künstlerische Tätigkeit frei zu entfalten. Auch die wettbewerbsrechtliche Verbesserung der Rahmenbedingungen für

Künstler, Kulturvermittler und Kunstmarkt, so etwa die Modernisierung des urheberrechtlichen Folgerechts, gehören zu einer zukunftsweisenden liberalen Kulturpolitik.

Die Liberalen halten an der föderalen Struktur der deutschen Kulturpolitik fest. Um so dringender bedarf es in Abstimmung mit den Ländern der Klärung der Frage nach den kulturpolitischen Zuständigkeiten von Kommune, Land und Bund (vertikale Entflechtung). Den umfassenden Aufgaben einer Kulturpolitik auf Bundesebene (horizontale Entflechtung) muss eine angemessene Ausstattung der kürzlich auf Initiative der FDP gegründeten Kulturstiftung des Bundes entsprechen. Es wird angestrebt, die

Kulturstiftung der Länder und die Kulturstiftung des Bundes unter einem Dach zusammenzufassen.

Die Liberalen wollen allen Bürgerinnen und Bürgern eine weitgehende Teilhabe am kulturellen Leben ermöglichen. Dazu gehört das Festhalten der FDP an der Buchpreisbindung ebenso wie die Schaffung von Anreizen für mehr bürgerschaftliches Engagement im Kulturleben. Deshalb halten die Liberalen an ihrem Konzept für ein modernes Stiftungsrecht fest. Dazu wollen wir die Errichtung von Stiftungen erleichtern und die Stiftungsarbeit transparenter machen. Ebenso muss das Stiftungssteuerrecht verbessert werden.

## Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus

### 5. Bildung, Wissen und Kultur

Die Möglichkeit der freien Aneignung von Bildung und Kultur ist zur Voraussetzung geworden, sich in der heutigen Welt bewusst zu orientieren, ein selbstbestimmtes Leben zu führen und die Zukunft der Gesellschaft mitgestalten zu können. Kultur ist eine der wenigen erneuerbaren Ressourcen der Menschheit. Im gleichen Maße, wie die modernen Produktionsprozesse immer stärker von der Leistung allgemeiner Arbeit, von Informationsarbeit, von sozialer und gestalterischer Kreativität abhängig werden, im gleichen Maße wird der sozial gleiche Zugang zu Wissen und zur Teilhabe am kulturellen Austausch wichtiger für die reale Freiheit der Einzelnen.

Die Gestaltung der Bedingungen zur Aneignung von Bildung und Kultur entscheidet wesentlich über die soziale Struktur der Verteilung von Lebenschancen. Sie ist eine zentrale Macht- und Eigentumsfrage. Die Gesellschaft spaltet sich gegenwärtig national und global zunehmend in jene, die über die Kompetenzen zur Beherrschung der modernen Informations- und Kommunikationstechnologien verfügen, und jene, die davon ausgeschlossen sind. Diese Spaltung ist ökonomisch und soziokulturell bedingt und wird an die nachwachsenden Generationen vererbt. Wir wollen die zu Grunde liegenden Eigentums- und Machtverhältnisse grundlegend verändern und diese Spaltung überwinden.

Die neue Revolution der Produktivkräfte rückt kulturelle Qualifikationen, soziale Kompetenzen und Ideenfindungen an die erste Stelle. Viele Menschen erfahren mit Bitterkeit, dass sie auf die Veränderung nicht vorbereitet wurden und von sozialem Abstieg und Ausschluss bedroht sind. Die Arbeitsgesellschaft wird nicht durch die Freizeitgesellschaft abgelöst. Aber der Anteil von freier Zeit wird über die verschiedenen Lebensphasen fast gleichwertig zur Arbeitszeit. Es fehlen jedoch die sozialen Struktu-

ren und die individuellen Fähigkeiten, um dies in wirklichen Freiheitsgewinn und nicht allein in purem Konsum und Produkte der neuen Freizeitindustrien umzusetzen.

Die öffentlichen Institutionen von Bildung, Kultur und Kunst, die Schulen und Fachschulen, Universitäten und Hochschulen, die Einrichtungen für Qualifizierung, die Museen und Bibliotheken sind weit hinter diesen revolutionären Umwälzungen zurückgeblieben. Die oberen Mittelschichten wählen deshalb den Weg der Privatisierung, um für sich und ihre Kinder eigene moderne Einrichtungen zu schaffen. Die öffentlichen Stätten von Bildung werden zu Orten kultureller Notversorgung für jene, die nicht zahlungsfähig sind. Um diesem Schicksal zu entgehen, wählen Schulen und vor allem Universitäten und Hochschulen selbst den Weg der Privatisierung und orientieren sich immer mehr ausschließlich daran, Menschen und Ideen für den Markt zu produzieren. Die alten und neuen Medien werden an der Profitmaximierung ausgerichtet, Freizeit wird vorwiegend für private Konsumtion genutzt. Der öffentliche Raum verkommt oder wird privatisiert, er wird selbst zum Teil der Unterhaltungs- und Werbeindustrie.

Sozialistische Politik heute ist vor allem auch ein Kampf darum, das emanzipatorische Potenzial der modernen Kommunikationsmedien, der neuen Formen von Kultur und Bildung, der veränderten Formen von Arbeit und Freizeit allen zugänglich zu machen und in Wirklichkeiten selbstbestimmter und solidarischer Lebensweisen zu verwandeln. Die PDS sucht dazu einen Weg jenseits der früheren Verstaatlichung öffentlicher Bildungs- und Kulturangebote und der neuen neoliberalen Privatisierungs offensive. Ein neuer dritter Sektor selbstverwalteter Organisationen von Wissenschaft und Kultur, Bildung und Freizeit ist zu fördern. Öffentlichkeit, Transparenz, demokratische Partizipation, Verpflichtung zur Wahr-

nahme sozialer und ökologischer Aufgaben sind gegenüber allen Institutionen kultureller Produktion und Kommunikation ungeachtet ihrer Eigentumsformen zur Geltung zu bringen. Alle leben von dieser Kultur und alle sind für sie verantwortlich.

Der Staat kann und soll nicht alle Aufgaben im Bereich von Bildung und Kultur allein lösen. Es bedarf des Engagements in öffentlichen, frei-gemeinnützigen und privaten Sektoren. Die Kulturwirtschaft wird zu einem wesentlichen Faktor regionaler Entwicklung. Kommunale und staatliche Bildungs- und Kulturpolitik hat die Aufgabe, Rahmenbedingungen für eine sozial gerechte und emanzipative Entwicklung zu schaffen. Ausreichende öffentliche Förderung und langfristige Sicherung der kulturellen Grundlagen der Gesellschaft und alternativer innovativer Experimente sind notwendig. Gerade hier ist Profit der denkbar ungeeignetste Maßstab. Die Pluralität von Lebensstilen und Kulturen der verschiedenen sozialen, ethnischen und regionalen Gruppen in der Gesellschaft muss gewahrt werden. Ihnen sind Ausdrucks- und Entwicklungsmöglichkeiten zu geben. Teilhabe an Kultur darf nicht zum Privileg weniger, sondern muss zur Lebenswirklichkeit aller werden.

(...)

Wir finden uns nicht damit ab, dass Deutschland – reicher denn je – unfähig und vor allem nicht bereit ist, allen hier lebenden Menschen den Zugang zu Information, Medien und Kultur zu ermöglichen und Einrichtungen der Kultur und Kunst, darunter solche, die seit vielen Jahrzehnten oder sogar seit Jahrhunderten bestanden, zu erhalten. Wir wenden uns nicht nur gegen die Verletzungen des Einigungsvertrages, in dem die Verpflichtung enthalten ist, die Kultursubstanz der DDR zu bewahren, sondern ebenso gegen die Gefährdung des Systems traditioneller bürgerlicher und neuer soziokultureller Einrichtungen, die von den Städten und Ländern wegen der ungerechten Lastenverteilung nicht länger getragen werden können. Der Widerspruch zwischen wachsendem Reichtum in Teilen der Gesellschaft und Verarmung der öffentlichen Hand, von Bund, Ländern und Kommunen, muss überwunden werden.

Es muss beides möglich sein: Bewahrung und Entwicklung der traditionellen Kulturinstitutionen und Förderung neuer Formen künstlerischen Ausdrucks. Wir wollen, dass den Menschen heute und morgen der ganze Reichtum der Kunst der Vergangenheit und Gegenwart zur Verfügung stehen kann. Durch sie wird die Freiheit der einzelnen und ihre soziale Gebundenheit in aller Widersprüchlichkeit gedacht und erlebt. Die Künste sind unser gemeinsames Gedächtnis und experimentelles Labor menschlicher Zukünfte.